15. Sitzung des Hauptausschusses

Niederschrift
über die öffentliche 15. Sitzung des Hauptausschusses

Die Sitzung fand statt:

Datum: 18.08.2026	Sitzungssaal Malzscheune
Beginn: 18:00 Uhr	Bahnhofstraße 32
Ende: 20:17 Uhr	06295 Lutherstadt Eisleben

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzende/r

Herr Carsten Staub	anwesend

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Dolla	anwesend
Herr Andreas Dümmler	anwesend
Herr Thomas Fischer	anwesend
Herr Jörg Lutzmann	in Vertretung für Herrn Gebhardt
Herr Rainer Gerlach	anwesend
Herr Jörg Galster	in Vertretung für Herrn Kaulmann
Frau Lisa-Marie Fritzsche	in Vertretung für Herrn Stude

Protokollführer
Frau Ilka Hannig

Ortsbürgermeister/in

Herr Dittmar Jung	anwesend
Herr Christian Leibe	anwesend

von der Verwaltung

Herr Sven Kassik	anwesend
Frau Pia Ryll	anwesend
Frau Katrin Zippro	anwesend
Frau Katja Spitze	anwesend
Herr Matthias Dominka	anwesend
Frau Daniela Messerschmidt	anwesend

Gäste
Einwohner
Presse
Frau Krehan
Herr Strebe, SLE
Herr Reichardt, Wobau
Vertreter des Tierheims der Lutherstadt Eisleben

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung
TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
TOP 1.2 Einwohnerfragestunde
TOP 2 öffentlicher Teil der Sitzung
TOP 2.1 Protokollkontrolle
TOP 2.2 Informationen des Bürgermeisters
TOP 2.3 Feststellung der Niederschrift vom 09.06.2026
TOP 2.4 Neufassung Ehrungssatzung der Lutherstadt Eisleben
Vorlage BV/698/2026
TOP 2.5 Aufhebung des Sperrvermerkes für dir Maßnahme _Klimaanlage
Katharinenstift Vorlage: BV/747/2026
TOP 2.6 mittelbare Beteiligung - Gründung einer Tochtergesellschaft durch die
Wobau Vorlage: BV/749/2026
TOP 2.7 Grundsatzbeschluss zur Eingliederung der Eigenbetriebe Bäder und Märkte
in die SLE-Tourismus und Freizeit GmbH Vorlage: BV/760/2026
TOP 2.8 Vertrag zur Unterbringung von Fundtieren und sichergestellten Tieren
Vorlage: BV/744/2026
TOP 2.9 Obdachlosenunterkünfte – Benutzungssatzung Vorlage: BV/745/2026
TOP 2.10 Obdachlosenunterkünfte – Gebührensatzung Vorlage: BV/746/2026
TOP 2.11 Anfragen
TOP 2.12 Radverkehrskonzept für die Lutherstadt Eisleben Vorlage: BV/752/2026
TOP 2.13 Umsetzungsbeschluss zur Gestaltung einer Freifläche Nußbreite 8
Vorlage: BV/756/2026
TOP 2.14 Bereitstellung von Eigenanteilen für das Programmjahr 2027 -
"Lebendige Zentren" Vorlage: BV/757/2026
TOP 2.15 Beschluss zur Verteilung der verbleibenden Investitionsmittel aus dem
Sondervermögen "Infrastruktur" für den Ersatzneubau der Schwimmhalle der
Lutherstadt Eisleben Vorlage: BV/753/2026
TOP 2.16 Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB für das
Programm "Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne"
Gesamtmaßnahme „Altstadt“ Vorlage: BV/759/2026
TOP 2.17 Annahme einer Spende vom Martin-Luther-Gymnasium
Vorlage: BV/755/2026
TOP 2.18 Annahme einer Sachspende der Stadtwerke Lutherstadt Eisleben
GmbH Vorlage: BV/732/2026
TOP 2.19 Annahme einer Zuwendung von der Sparkasse Mansfeld-Südharz
Vorlage: BV/740/2026
TOP 2.20 Festlegung Wahltermin Bürgermeisterwahl Vorlage: BV/768/2026
TOP 4 Ende der Sitzung
TOP 4.1 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Es sind 7 Mitglieder anwesend, die Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

Herr Staub beantragt zur Tagesordnung, den TOP 2.11 Anfragen wie gewohnt an das Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu setzen.

Herr Dümmler beantragt zur Tagesordnung die Absetzung von TOP 2.4. Neufassung der Ehrensatzung. Seine Fraktion möchte dazu einen eigenen Antrag bzw. eine abgeänderte Version einbringen.

Beschluss Nr.: HA14/25/2026
1. Antrag zur Tagesordnung Herr Staub
TOP 2.11 wird TOP 2.20

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

2. Antrag Herr Dümmler
Er stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, den TOP 2.4 von der Tagesordnung abzusetzen. Seine Fraktion möchte dazu einen eigenen Antrag bzw. eine abgeänderte Version einbringen.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**4**
Nein-Stimmen	**3**
Enthaltungen	**0**

3. Abstimmung über geänderte Tagesordnung

Der Tagesordnung wird mit den Änderungsanträgen zugestimmt.

TOP 2.11 wird an Ende des öffentlichen Teils gesetzt. Der TOP 2.4 wird in der nächsten Hauptausschusssitzung in die Beratung aufgenommen und zur heutigen Sitzung abgesetzt.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

lt. Antrag beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 1.2 Einwohnerfragestunde

Herr Gerlach sagt, er hat bereits mehrfach angesprochen, dass der Gehweg in der Halleschen Straße regelmäßig durch Rad- und Elektrorollerfahrer befahren wird, die mit Geschwindigkeiten von bis zu 30 km/h dort lang fahren und die Fußgänger auf die Straße ausweichen müssen, damit sie nicht an- bzw. umgefahren werden. In seinen Augen ist das eine erhebliche Gefahr nicht nur für die Fußgänger, sondern auch für die Autofahrer. Es soll nochmal geprüft werden, ob es nicht Sinn macht, dort ein zusätzliches Verbotsschild für Rad- und Rollerfahrer aufzustellen.

Frau Spitze sagt, die Anfrage wurde bereits schriftlich beantwortet. Sie versteht das Problem, allerdings müssen rechtliche Grundlagen eingehalten werden, man könne nicht einfach, auch wenn man es vielleicht für sinnvoll erachtet, Schilder aufstellen. Sie wird es nochmal prüfen lassen und schriftlich beantworten.

Herr Grangladen fragt, ob es bzgl. des Rattenproblems in der Hohetorstraße und auf den Stadtterrassen schon einen neuen Sachstand gibt und verweist auf ein Beweisvideo.

Frau Spitze verneint das, sie war mit dem Veterinäramt vor Ort, allerdings durften sie das betreffende Grundstück nicht betreten, weil die Bewohner nicht geöffnet haben. Von der Rückseite haben sie das Grundstück etwas einsehen können, haben zu dem Zeitpunkt aber keine Ratten festgestellt, was aber nicht bedeutet, dass dort keine sind. Das Video hat das Veterinäramt auch gesehen, die sind jetzt in der Zuständigkeit.

Herr Grangladen fragt weiter nach, ob Fristen eingehalten werden müssen, bis da etwas unternommen werden kann, weil sich in unmittelbarer Nähe auch ein Kindergarten befindet und das Krankenhaus auch nicht weit ist. Hier muss schnellstmöglich etwas passieren und man soll hier dranbleiben.

Herr Dümmler bittet um Erläuterung der rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Tempo-30-Streckenverboten im Vergleich zu Tempo-30-Zonen. Konkret hinterfragt er, warum eine Geschwindigkeitsreduzierung mangels sensibler Einrichtungen (wie Kitas oder Krankenhäuser) in einer bestimmten Straße abgelehnt wird, während ganze Wohngebiete, wie in der Helbraer Straße, ohne solche Einrichtungen als Tempo-30-Zone ausgewiesen sind.

Herr Dümmler bittet um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Spitze sagt, es wird nochmals geprüft.

zu 2 öffentlicher Teil der Sitzung

zu 2.1 Protokollkontrolle öffentlich
Vorlage: PK/106/2026

Anfrage:
Herr Lutzmann bezieht sich auf das Schreiben von Frau Wöbken zu den Teilnahmerechten lt. KVG an den Sitzungen der verschiedenen Gremien.

Er fragt, auf welcher gesetzlichen Grundlage das Teilnahmerecht für Ortsbürgermeister abgelehnt wird. Stadträte und Ortsbürgermeister sind vereidigte Vertreter. Er bittet um rechtliche Kommentierung, er glaubt nicht, dass das Schreiben richtig ist.

Frau Wöbken erklärt, Anlass für das Schreiben war ein Zeitungsartikel zu diesem Thema über die Sitzungsteilnahme in der Stadt Gerbstedt. Sie hat es auch noch einmal kommunalrechtlich prüfen lassen, die Richtigkeit wurde bestätigt. Der Ortsbürgermeister ist kein direkt gewähltes Organ.

Herr Lutzmann ist da anderer Meinung und sagt, es sollte nochmal von einer oberen Kommunalaufsicht geprüft werden. Der Ortsbürgermeister ist eine vom Ortschaftsrat gewählte Amtsperson.

Und eine wichtige Informationsstelle für den Ortschaftsrat, deshalb sollte er schon wissen, worüber im Stadtrat beraten wird, meinte Herr Gebhardt.

Antwort in der Sitzung durch Herrn Staub:
Der Kommunalaufsicht wurde die Thematik zur Auslegung des § 85 KVG LSA, Teilnahmerechte von Ortsbürgermeistern mit Schreiben vom 15.06.2026, Postausgang 17.06.2026 zur Prüfung und ggf. Weiterleitung übergeben, eine abschließende Antwort steht noch aus.

zu 2.2 Informationen des Bürgermeisters

1. Rücktritt Ortsbürgermeister Polleben

Herr Staub teilt mit, dass Herr Kosiura seinen Rücktritt als Ortsbürgermeister und Ortschaftsrat am 31.07.2026 mit Wirkung zum 01.08.2026 erklärt hat. Daher wird in der nächsten Ortschaftsratssitzung am 20.08.2026 ein neuer Ortsbürgermeister gewählt.

2. vergangene Termine:

Herr Staub informiert über seinen Städtepartnerschaftsbesuch vom 24. bis 26.07. in Memmingen zum Fischertag und Wallensteinfest.

Weiter informiert Herr Staub über den Städtepartnerschaftsbesuch in Herne vom 07.08., wo er durch Herrn Kassik vertreten wurde.

Herr Staub informiert über die feierliche Übergabe des Fördermittelbescheids zur „Königspfalz“ am 11.08.2026 durch den Staatsminister, Herrn Rooba, und dass zur gleichen Veranstaltung auch der Fördermittelbescheid für die Sanierung des Turmes an der Andreaskirche an die Pfarrerin, Frau Kranich, überreicht wurde.

Herr Staub informiert darüber, dass am 13.08.2026 der Vertrag zur Verlängerung des Wasserliefervertrages für die nächsten 15 Jahre und eine 5jährige Verlängerungsoption mit der Fernwasser Elbaue-Ostharz geschlossen wurde.

Herr Staub berichtet über die Abholung des TSF-W (Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser) für die Ortsfeuerwehr Schmalzerode am 17.08.2026. Eine offizielle Einladung erhalten die Stadträte, wenn das Fahrzeug offiziell in den Dienst gestellt wird, allerdings wird das wahrscheinlich erst Ende Oktober/Anfang November sein.

Herr Staub teilt mit, dass der Kreisverkehr in der Bahnhofstraße am 28.08.2026, 10:00 Uhr verkehrstechnisch freigegeben wird.

Herr Staub teilt weiter mit, dass am 30.08.2026 der Lutherwegspaziergang stattfindet, Start ist an der Malzscheune, 14:00 Uhr.

Herr Staub informiert, dass am 15.09.2026 um 15:00 Uhr die Fertigstellung der Bahnhofstraße feierlich übergeben wird.

Herr Staub teilt mit, dass am 25.09.2026, 14:00 Uhr das Pumptrack Fest stattfindet und man den Termin bewusst so vor den Start der Kleinen Wiese um 15:00 Uhr gewählt hat.

Herr Staub teilt weiter mit, dass am 10.09.2026 um 18:00 Uhr in der Malzscheune eine Informationsveranstaltung der Telekom zum Glasfaserausbau stattfindet, die Bürger sind herzlich eingeladen, um dort ihre Fragen zu stellen

Zum Stand Kassenkredit freut sich Herr Staub sagen zu können, dass dieser bei einer Genehmigung von 8.118.000,00 Euro ein Guthaben von 11.324.526,78 € ausweist, was auch an der fristgemäßen in Erfüllung des rechtskräftig gewordenen Urteils, die Rückzahlung der Kreisumlage aus dem Jahr 2017 durch den Landkreis resultiert und der Landrat ja angekündigt hat, diesen sehr zügig zurückzahlen zu wollen, um keine weiteren Zinsen auflaufen zu lassen. Am 06.08.2026 ist es eingegangen, das war eine Summe von 9,517 Mio. Euro.

Informationen aus dem Fachbereich Bau durch Herrn Kassik

Zur Kita „Borstel“ in Rothenschirmbach sagt er, dass der Durchbruch, die Fensteröffnung für den zweiten baulichen Rettungsweg umgesetzt wurde, Malerarbeiten und die Fußbodenbelagsarbeiten des Raumes wurden vorgenommen und Anfang September wird die Fluchttreppe, (die Stahlkonstruktion) montiert, sodass dann Mitte September diese Maßnahmen abgeschlossen sind.

Zur Grundschule „Schlossplatz“ teilt er mit, dass in den Sommerferien der Witterungsschutz auf die Fenster und Türen aufgebracht wurde.

Zur Grundschule „Thomas Müntzer“ sagt Herr Kassik, dass auf der Außenanlage der Grundschule der Spielplatz erneuert wird und derzeit Abbrucharbeiten laufen. Es ist vorgesehen, den neuen Spielplatz in Gänze am 11. September nach TÜV-Abnahme an die Schulleitung und die Schulkinder zu übergeben.

Zum Dorfgemeinschaftshaus in Burgsdorf sagt Herr Kassik, dass mit den Arbeiten zur Erneuerung der Heizzentrale begonnen wurde, weil die nach 30 Jahren erneuert werden muss.

Die Rückbauarbeiten in den Toiletten am Marktberg sind abgeschlossen. Herr Kassik sagt, dass man mit der Fertigstellung bis zum Beginn der Wiese nicht fertig wird, die Arbeiten stellen sich umfangreicher dar, weil noch Mauerwerk gestützt werden bzw. Stürze ausgetauscht werden müssen.

Informationen zur Pumptrack-Anlage, Herr Kassik sagt, am 24.08.2026 starten die Asphaltarbeiten, die Anpflanzungen werden im Herbst (Oktober) erfolgen. Die Pumptruck-Anlage schließt sich an die ehemalige Skateranlage an, dies wird man nochmals technisch aufwerten und reparieren. Anhand Luftbildaufnahme erklärt Herr Kassik, wo man den Zaun öffnen wird, sodass hier dann eine gesamtheitliche Sport-Freizeitanlage bzw. Rollanlage entsteht.

Informationen zum Radweg Oberhütte: Herr Kassik sagt, die Arbeiten des Lückenschlusses Oberhütte-Volkstedter Radweg sind abgeschlossen, allerdings gibt es ein Problem an dem Brückenbauwerk über den „Wilden Graben“, dort sind die Windlager defekt. Derzeit laufen mit einem Statiker Gespräche, wie für den Zeitraum der Sanierung, für ca. 6 bis 8 Wochen, die Zuwegung für Rettungskräfte umgesetzt werden kann.

Herr Staub informiert, dass das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie des Landes Sachsen-Anhalt mitgeteilt hat, dass auf der „Königspfalz“ ab September bis 23. Oktober die Ausgrabungen fortgeführt werden. Es werden ehrenamtliche Grabungshelfer gesucht.

zu 2.3 Feststellung der Niederschrift vom 09.06.2026

Beschluss Nr.: HA15/26/2026
Zur öffentlichen Niederschrift vom 09.06.2026 gab es keine Änderungs- oder Ergänzungshinweise. Die Niederschrift ist damit beschlossen.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**6**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**1**

lt. Antrag beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 2.4 Neufassung Ehrungssatzung der Lutherstadt Eisleben
Vorlage: BV/698/2026

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 2.5 Aufhebung des Sperrvermerkes für die Maßnahme Klimaanlage Katharinenstift_
Vorlage: BV/747/2026

Die Beschlussvorlage ist im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme weiterempfohlen. Herr Staub erklärt, dass es für die Klimaanlage im Haushalt einen Sperrvermerk gibt. Er sagt, wenn der Stadtrat diesen aufheben würde, könnte die Maßnahme umgesetzt werden. Aus seiner Sicht ist die Klimaanlage dringend notwendig, weil das Objekt auch weiterhin in der Nutzung bleibt und ein Großteil der Verwaltung dort arbeitet.

Frau Spitze schildert, dass sich die Temperaturen in den Räumlichkeiten auf 35 Grad und mehr aufheizen können und selbst an Tagen, wo es dann schon nicht mehr so warm ist, immer noch Temperaturen von 30 Grad in dem Bürgerzentrum sind. Die Bürger stehen dann bei über 30 Grad auf den Fluren, es gab bereits gesundheitliche Probleme einiger Bürger und die haben sich auch beschwert. Für die Mitarbeiter, die 8 Stunden und länger dort sitzen, stellt das auch eine enorme Belastung dar und wird irgendwann unerträglich.
Frau Spitze bietet den Ausschussmitgliedern an, sich selbst ein Bild davon an heißen Tagen zu machen und bittet um Weiterempfehlung an den Stadtrat.

Herr Lutzmann äußert, dass er zur technischen Ausführung nichts in den Unterlagen findet und davon auszugehen ist, dass die Frage zur technischen Ausführung dann im Stadtrat gestellt wird. Ansonsten, fügt er hinzu, könne man dem aber zustimmen.

Frau Spitze fragt Herrn Lutzmann, ob er dazu jemanden in den Stadtrat einladen wird, der etwas zur technischen Ausführung sagen kann.

Herr Lutzmann antwortet, dass es ein Stadtrat sein wird, der diese Frage stellt.

Herr Staub bittet darum, wenn es dazu Hinweise gibt, dass diese nicht erst im Stadtrat angebracht werden sollten, sondern im Vorfeld. Es wird Ausschreibungen geben und es wird auch ein Angebot geben müssen. Er macht an der Stelle darauf aufmerksam, wenn man hier im nächsten Stadtrat ein Unternehmen vorstellig werden lässt, könnte das auch möglicherweise Wettbewerbsnachteile haben, weil sich der dann nicht mehr auf die Ausschreibung bewerben kann.

Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes für die Maßnahme _Klimaanlage Katharinenstift_ Haus 5/6 im 1. Obergeschoss bis zu einem maximalen Auftragsvolumen von 130.000 €

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.6 mittelbare Beteiligung - Gründung einer Tochtergesellschaft durch die Wobau
Vorlage: BV/749/2026

Die Beschlussvorlage ist im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme weiterempfohlen. Herr Staub erklärt, dass es bereits Vorberatungen im Aufsichtsratsgremium der Wobau gegeben hat und vor dem nächsten Stadtrat am 09.09.2026 noch eine weitere stattfinden wird. Für den Fall, dass es Fragen gibt, ist der Geschäftsführer Herr Reichardt anwesend. Wenn das gewünscht ist, könnte man ihm Rederecht erteilten.

Es gab keinen Bedarf, Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:
Beschlussentwurf:
Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben stimmt der Gründung einer Tochtergesellschaft der Wohnungsbaugesellschaft Eisleben mbH auf der Grundlage des beigefügten Gesellschaftsvertrages zu. Es handelt sich um eine Dienstleistungsgesellschaft zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks der Wohnungsbaugesellschaft Eisleben mbH.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.7 Grundsatzbeschluss zur Eingliederung der Eigenbetriebe Bäder und Märkte in die SLE-Tourismus und Freizeit GmbH
Vorlage: BV/760/2026

Die Beschlussvorlage ist im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme weiterempfohlen. Der Geschäftsführer der Stadtwerke, Herr Strebe, ist zugegen und für den Fall, dass es Fragen gibt, könnte man ihm Rederecht erteilen.

Herr Staub hatte heute ein Gespräch mit dem potenziellen Fördermittelgeber, der IB und dem Innenministerium geführt und die Fraktionsvorsitzenden davon in Kenntnis gesetzt. Die potenziellen Fördermittelgeber haben angeraten, dass die Stadtwerke den Fördermittelantrag stellen sollten, weil ja die Realisierung, auch bei einer Förderung oder Neubau der Schwimmhalle, dann in der SLE T&F abgebildet werden soll und weil eine Weiterreichung von Fördermitteln, die an die Stadt ausgereicht werden, an eine Tochtergesellschaft in diesem Förderprogram nicht zulässig sind. Herr Staub sagt, dass der Fördermittelantrag bis zum Ende des Monats gestellt werden muss, um möglicherweise in 2028/2029 auch in den Genuss dieser Finanzierung zu kommen. Er macht noch deutlich, dass es hier um jeweils 3 Mio. Euro geht, also 6 Mio. Euro in der Summe und bittet darum, den Beschluss dahingehend zu erweitern.

Der Beschlussantrag wurde ergänzt …

…und die SLE Tourismus und Freizeit GmbH zu bevollmächtigen, Fördermittelanträge zur Umsetzung des Beschlusses 15/377/26 vom 23.06.2026 zu stellen.

Die Erweiterung des Beschlusses wird bis zum Stadtrat eingearbeitet.

Es gibt keine Anmerkungen.
Herr Staub bittet zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag.

1. Abstimmung zum Änderungsantrag:

Der Hauptausschuss stimmt dem Änderungsantrag zur Ergänzung des Beschlusstextes … und die SLE-Tourismus und Freizeit GmbH zu bevollmächtigen, Fördermittelanträge zur Umsetzung des Beschlusses 15/377/26 vom 23.06.2026 zu stellen.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**6**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**1**

2. Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage mit der Weiterempfehlung an den Stadtrat:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung unter Berücksichtigung der protokollarischen Änderung (hier in rot).

Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, die Eingliederung der Eigenbetriebe Bäder und Märkte in die SLE-Tourismus und Freizeit GmbH in Abstimmung mit der Stadtwerke Lutherstadt Eisleben GmbH zum 1. Januar 2028 vorzubereiten und die SLE-Tourismus und Freizeit GmbH zu bevollmächtigen, Fördermittelanträge zur Umsetzung des Beschlusses 15/377/26 vom 23.06.2026 zu stellen.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**7**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**6**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**1**

entspr. prot. Änderung empfohlen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Staub begrüßt Herrn Dolla, der ab 18:36 Uhr an der Sitzung teilnimmt. Damit sind jetzt 8 Ausschussmitglieder anwesend.

zu 2.8 Vertrag zur Unterbringung von Fundtieren und sichergestellten Tieren Vorlage: BV/744/2026

Die Beschlussvorlage ist im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme empfohlen.

Herr Rommel, Tierheimleiter und weitere Vertreter des Tierheimes sind anwesend, wenn Bedarf besteht, könnte ihm Rederecht erteilt werden.

Bei den Gebühren ist Herrn Lutzmann aufgefallen, dass die Hunde im Gegensatz zu den Katzen teurer sind und fragt warum.

Herr Staub fragt, ob Herrn Rommel Rederecht eingeräumt wird, keiner hat widersprochen.

Auf die Frage von Herrn Lutzmann möchte Herr Rommel von ihm wissen, wo er festgestellt hat, dass die Hunde günstiger sind als die Katzen.

Herr Lutzmann nimmt Bezug zur Satzung, danach ist ihm aufgefallen, dass die Hunde von 10 auf 15 Euro gestiegen sind und die Katzen bei 15 Euro geblieben sind.

Herr Rommel erklärt, kleine Katzen sind besser zu vermitteln als größere und Hunde sind teurer, weil sie in der Regel länger bleiben als kleine Katzen.

Herr Staub teilt mit, dass das stetige Klingeln von Frau Spitzes Handy das Bereitschaftstelefon ist, weil sie Bereitschaft hat und bittet dafür um Entschuldigung.

Herr Staub teilt mit, dass es im Vorfeld Gespräche mit allen Beteiligten gab und diskutiert wurde, um Planungssicherheit für die Stadt wie auch für das Tierheim zu schaffen, bevor man in die Haushaltsdiskussion geht. Das war ihm wichtig.

Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beauftragt den Bürgermeister der Lutherstadt Eisleben einen neuen Tierheimvertrag mit dem Tierheim "Am Sandgraben" Eisleben e.V. abzuschließen. Vertragsbeginn soll 01.01.2027 sein.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.9 Obdachlosenunterkünfte - Benutzungssatzung
Vorlage: BV/745/2026

Herr Staub sagt, die folgenden Beschlussvorlagen 745 und 746 sind im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme empfohlen und bittet Frau Spitze um Ausführungen.

Frau Spitze erklärt kurz, dass das Klingeln des Bereitschaftshandys gerade damit zu tun hat, dass ein junger Mann vor der Obdachlosenunterkunft steht und wenn er an der Tür klingelt, klingelt ihr Bereitschaftshandy. Sie führt kurz aus, warum sie ihn nicht einlassen kann und es weiter klingeln wird.

Einleitend sagt Frau Spitze, sie hat sich mit der Übernahme des Fachbereichs auch mit dieser Problematik vertraut gemacht und dabei ist ihr aufgefallen, dass die ursprüngliche Satzung für die Obdachlosenunterkunft noch aus dem Jahr 1995 stammt, die alte Satzung noch D-Mark-Beträge ausweist, deswegen ist es zwingend erforderlich, diese zu aktualisieren.

Frau Spitze erklärt, dass eine Kostenübernahme durch das Jobcenter für die Menschen, die tatsächlich mittellos sind, nicht im Vorfeld übernommen werden, die Stadt kann das erst im Nachhinein abrechnen. Rein rechtlich ist die Stadt dazu verpflichtet, so eine Unterkunft vorzuhalten und sie ist auch der Meinung, dass die

nicht kostenfrei zur Verfügung gestellt werden sollte. Sie berichtet, dass es schon Fälle gab, in denen das ausgenutzt wurde und man dem entgegenwirken und ordentlich regeln sollte. Beispielsweise hat im vergangenen Jahr ein Ehepaar für 6 Monate kostenfrei dort gewohnt.

Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:
Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt die Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Lutherstadt Eisleben (Obdachlosensatzung).

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.10 Obdachlosenunterkünfte - Gebührensatzung
Vorlage: BV/746/2026

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:
Beschlussentwurf:

Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt die Gebührensatzung für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Lutherstadt Eisleben (Gebührensatzung).

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.11 Anfragen

Wird an das Ende des öffentlichen Teils verschoben.

zu 2.12 Radverkehrskonzept für die Lutherstadt Eisleben
Vorlage: BV/752/2026

Die Beschlussvorlage ist im Stadtentwicklungsausschuss vorberaten und zur Annahme weiterempfohlen.

Frau Ryll erläutert das Radverkehrskonzept. Im Stadtentwicklungsausschuss gab es nochmal die Diskussion, ob jetzt alle Maßnahmen umgesetzt werden, was sie verneint hat, weil gerade die baulichen Maßnahmen ordentlich beplant und mit Kosten unterlegt werden müssen. Dafür sind Stadtratsbeschlüsse erforderlich, auch für Öffnungen von Einbahnstraßen. Mit diesem Konzept hat man die Möglichkeit, das jetzt Stück für Stück abzuarbeiten und dafür bittet Frau Ryll um Zustimmung und Weiterempfehlung.

Herr Gericke spricht an, dass es im Ortschaftsrat Wolferode die Anfrage gegeben hat, ob die Türkeistraße für den Radverkehr eröffnet werden kann und zwar entgegen der Einbahnstraße. Damals wurde ihnen gesagt, das ist nicht möglich, weil es die Gesetzeslage nicht zulässt, es ist eine Landesstraße, dort sind 50 km/h erlaubt und es ist aussichtslos, hier etwas zu machen. Laut Konzept ist diese Straße und zwei weitere vorgesehen, Herr Gericke versteht nicht, wieso man die Maßnahme mit in einen Plan aufnimmt, wenn es rechtlich nicht umsetzbar ist. Er fragt, ob die aufgeführten Straßen tatsächlich auch geöffnet werden können, für den Radverkehr.

Frau Ryll antwortet, die hier benannten Straßen wurden vom Büro geprüft und die, die jetzt hier aufgeführt sind, könnten wir öffnen. Sie räumt ein, dass es damals vielleicht nicht möglich war, weil es die Gesetzeslage nicht hergegeben hat.

Herr Gericke versteht das nicht wirklich, weil im Konzept auch steht, es geht nur bei 30 km/h.

Frau Ryll antwortet, dass das dann wahrscheinlich die Voraussetzung dafür ist und wenn wir jetzt sagen, wir nehmen das Projekt Einbahnstraßenregelung, dann wird man da auch noch drauf schauen und auch darauf hinweisen.

Herr Gericke hat die Sorge, dass hier Hoffnungen geweckt werden könnten, die man dann nicht erfüllen kann. Er bezweifelt, dass das Straßenverkehrsamt sagt, das ist eine Landesstraße und dort können wir auf 30 km/h reduzieren. Bevor man die Beschlussvorlage dem Stadtrat vorlegt, wäre es schön, wenn das noch geklärt wird.

Es wurde mit der Straßenbehörde vom Landkreis gesprochen. Diese lassen sich allerdings nicht festnageln, sagt Frau Ryll. Es werden Straßen vorgegeben und die Straßenbaubehörde antwortet, dass es grundsätzlich möglich wäre. Hier in dem Fall hat das Büro das geprüft und in Herrn Gerickes Fall gesagt, da müsste die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werden. Jetzt müsste man nochmal mit dem Landkreis sprechen und fragen, wenn wir auf 30 km/h reduzieren, ob das dann tatsächlich auch möglich ist.

Herr Staub sagt, man werde es bis zum Stadtrat noch einmal prüfen. Es wird immer beim Landkreis beantragt werden müssen. Es können sich aber auch immer rechtliche Voraussetzungen zu Gunsten oder Ungunsten ändern.

Herr Gericke hat noch eine Frage, es betrifft die Strecken, die ausgebaut werden sollen (A9, A10 und A28) und die Wolferode betreffen. Ortseingang Wolferode, Ecke Gartenanlage/Grüne Straße, dort ist die Straße bis zur Grüne Straße nicht ausgebaut, es gibt da auch keinen Fuß- oder Radweg. Wurde hier bedacht, dass dieser Fuß-, Radweg dann im Zuge der Straßenbausanierung entsteht oder wie soll das funktionieren, möchte er wissen, weil man dort nicht einmal als Fußgänger langlaufen kann, das erschließt sich ihm nicht.

Frau Ryll antwortet, es wurde ermittelt, dass dort diese Radwegverbindung hergestellt werden müsste, um das komplette Zielnetz zu erfüllen und wenn wir uns jetzt diesen Teilbereich vornehmen, wird dieser natürlich beplant und so konkret ist das Konzept jetzt nicht.

Herr Gericke sagt, er versteht es so, das in dem Konzept sind nur Ideen, die man halt noch prüfen muss und wenn es machbar ist, wäre es schön. Er fragt, weshalb die A29 aufgenommen wurde, im Konzept steht das als Wirtschaftsweg, den er eher als Feldweg ansieht und genau diesen hatte der Ortschaftsrat als alternative Umleitung zwischen Wolferode und Neckendorf vorgeschlagen. Es wäre schön, wenn es wenigstens ein Radweg werden würde, wenn dort schon keine PKW fahren dürfen und fragt Herrn Staub, ob die Geschichte damit erledigt ist.

Nach Auffassung von Herrn Staub ist das noch nicht erledigt. Er hat diesbezüglich vor 6 oder 8 Wochen nochmals das Gespräch zu der Thematik mit Herrn Lotze gesucht und darauf aufmerksam gemacht, dass der dringende Bedarf besteht, diesen Wirtschaftsweg zu entwickeln. Aktuell, sagt Herr Staub, sieht der Landkreis da keine Möglichkeit, weder finanziell und auch nicht als Kompensation zu der K-Straße, weil es den südlichen Bereich zur 224 über Bornstedt, Neckendorf, Osterhausen gibt. O-Ton wurde gesagt, wenn man das Ministerium davon überzeugt, dass das wichtig ist, dann ist es auch für den LSBB wichtig. Dies hat man schon einmal beim Wolferöder Weg getan, da war es auch erst nicht die Priorität, dann hat es die Priorität bekommen, auch mit der Unterstützung mit einigen Landtagsmitgliedern und vielen Diskussionen. Herr Staub sagt, man wird das nochmals an das Ministerium herantragen, dass es für unsere Ortschaften, insbesondere Bischofrode sehr eklatant wichtig ist, diesen Wirtschaftsweg auszubauen.

Herr Galster hatte im gestrigen Stadtentwicklungsausschuss angeregt, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll wäre, das fertige Projekt für eine Öffentlichkeitsbeteiligung auszulegen.

Frau Ryll sagt, wenn das Projekt als Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegt wird, könnte dann jeder noch kommen und sich noch einen Radweg wünschen. Öffentlichkeitsbeteiligung hat es gegeben, es fanden Veranstaltungen und Onlinebefragungen statt, wo auch die Ideen mit eingearbeitet wurden. Mit dem Konzept wurde in Auftrag gegeben, dass die Verbindung von der Kernstadt zu den Ortschaften gegeben werden soll.

Herr Galster stimmt ihr zu und ist der Meinung, dass jetzt die Radfahrer und auch die Autofahrer mal über das fertige Konzept schauen könnten. Er fragt, ob es so etwas gibt oder, ob das in solchen Fällen gar nicht vorgesehen ist. Es ist schön, dass Frau Ryll ihm das angeboten hat, er wird das auch wahrnehmen und sich anschauen, ihm geht es um die Öffentlichkeitsbeteiligung und seine Frage wäre jetzt für die Bürger, ob sie das auch könnten.

Herr Staub schließt sich Frau Ryll`s Ausführungen an und sagt, es hat die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung gegeben, irgendwann muss man das Ganze abschließen. Allerdings erhebt das Konzept auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nach Beschluss wird es öffentlich auf der Internetseite der Stadt bekanntgegeben und sollte jemandem im Nachhinein noch etwas auffallen, so könne man auch im Nachgang noch an die Stadt herantreten und sagen, wenn etwas vergessen wurde.

Im Konzept auf Seite 52 unter Punkt 5.6 sind die Voraussetzungen für Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr aufgeführt. Herr Gericke fragt, ob diese Voraussetzungen auch für die hier zur Öffnung beabsichtigten Straßen erfüllt sind.

Herr Staub sagt, es wird noch einmal geprüft. Bis zur kommenden Ortschaftsatssitzung Wolferode am 26. August wird er eine Antwort dazu erhalten.

Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:
Beschlussentwurf:
Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt das in der Anlage befindliche Radverkehrskonzept (Bericht mit Maßnahmentabelle) als Grundlage für die Entwicklung, den Ausbau und die dauerhafte Pflege des Radverkehrsnetzes sowie die Erhöhung der Attraktivität und Akzeptanz des Radverkehrs in der Lutherstadt Eisleben und ihren Ortschaften.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**1**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.13 Umsetzungsbeschluss zur Gestaltung einer Freifläche Nußbreite 8 Vorlage: BV/756/2026

Die Beschlussvorlage ist im Stadtentwicklungsausschuss vorberaten, Herr Staub bittet Frau Ryll um Ausführungen.

Frau Ryll erklärt einleitend, bei dem Flurstück handelt es sich um die Fläche, die damals im Zuge der Baumaßnahme zum grundhaften Ausbau der Nussbreite erworben wurde und für die Zeit des Ausbaus als Ablagefläche für die Baustelleneinrichtung genutzt wurde. Jetzt soll diese Fläche als Grünfläche gestaltet werden, es sollen viele Sträucher und Bäumen gepflanzt werden. Sie erläutert anhand einer Folie, wie das Ganze gestaltet aussehen könnte und dass die Fläche dann auch als grünes Klassenzimmer für die Katharinenschule genutzt werden könnte. Frau Ryll bittet nach den Ausführungen um Zustimmung und Weiterempfehlung.

Herr Lutzmann ist verwundert und erstaunt über die Beschlussvorlage und genau das, was Frau Ryll gerade vorgestellt hat, wäre vorzüglich für den Schulplatz in der Schollschule geeignet. Der Schulplatz Schollschule sollte schon seit Jahren gemacht werden, ihm wurde aber erzählt, dass das erst geht, wenn das Bürgerrathaus fertig ist, weil erst dann Kapazitäten da sind, das zu realisieren.

Die Freifläche, die hier als Grünfläche vorgeschlagen wird, hatte man damals als Parkplatz vorgesehen. Herr Lutzmann ist auch der Ansicht, dass dies so schon einmal beschlossen wurde und das Geld wäre auch da. Wenn man so etwas machen will, erwartet Herr Lutzmann, es dort zu machen, wo es wirklich angemessen und notwendig ist und nicht da, wo mal ein Parkplatz entstehen sollte. Im Übrigen, so Herr Lutzmann weiter, hätte der im Unterhalt gar kein oder wenig Geld gekostet, wenn man es richtig macht. Herr Lutzmann sagt, er kann sich auch nicht vorstellen, dass die Fläche für den Haus- oder Wohnungsbau verkauft werden kann, über den Vorschlag kann er nur mit dem Kopf schütteln.

Grundsätzlich findet Herr Dolla die Idee nicht schlecht, ist aber der Meinung, dass Sachen, die man jahrelang versprochen hat oder die auch schon angefangen sind, zu Ende machen sollte. Er ist mittlerweile nun schon seit 15 Jahren im Vorstand des Fördervereins der Schule, der da im Übrigen auch schon geschätzt 50 Tsd. Euro im Laufe der Jahre investiert hat. An Herrn Kassik gerichtet, sagt er, dass sowohl dem Verein, der Schule und auch im Stadtrat mehrfach von Herrn Kassik versprochen wurde, dass dort was gemacht wird, und sei es auch nur Asphalt aufzubringen. Als 2024 die Turnhalle eröffnet wurde, ist gesagt worden, man könne erst was machen, wenn die Turnhalle fertig saniert ist, weil die Baufahrzeuge sich über diesen Schulhof bewegen und das ist auch schon wieder anderthalb/zwei Jahre her.Herr Dolla ist verblüfft und enttäuscht darüber, wie man jetzt mit so einem Projekt hier kommen kann.

Herr Kassik bestätigt, dass es genauso gewesen ist, wie es Herr Lutzmann und Herr Dolla gesagt haben. Als die Turnhalle 2024 nach der Sanierung mit Stark III eröffnet wurde, hat man es erklärt und gesagt, dass wir es im Doppelhaushalt 2025/2026 nicht mit drin haben, weil wir jetzt zurückblickend in 2024 die Turnhalle fertig gestellt haben. Jetzt, sagt Herr Kassik, geht man in das Haushaltsaufstellungsverfahren und da werden wir die Kosten für den Doppelhaushalt 2027/2028 mit ansetzen. Herr Kassik führt weiter dazu aus, dass dieses Projekt hier abgetrennt ist, es gibt hier das Projekt „Lebendige Zentren“, es gibt eine Fördergebietskulisse und man hat das auch immer mitgeteilt und wenn wir Fördermittel über Haushalts- und Programmjahre generieren möchten, müssen wir solche Klimaschutzprojekte platzieren. Er weiß, dass Herr Dolla sich hier sehr engagiert hat und versichert, man hat ihn nicht vergessen.

Herr Dolla sagt, er versteht das alles und auch mit dem Haushalt 24/25 oder 25/26, allerdings sprechen wir hier über 15 Jahre und das ist das, was ihn persönlich ärgert. Es werden Sachen angesprochen und versprochen und nichts passiert, es wird gesagt, ja, ja, aber, und es ist so, es passiert nichts.

Dagegen, dass nichts passiert, verwehrt sich Herr Kassik.

Herr Dolla sagt, er begleitet das Schulhofprojekt nunmehr seit 15 Jahren und vor 10 Jahren wurde gesagt, es wird was gemacht. Der Verein hatte sich damals sogar schon gekümmert und Firmen angesprochen, die ihre Arbeitsleistung umsonst, sozusagen gespendet hätten. Es wurde immer wieder verschoben, verschoben, verschoben, Herr Kassik hat das zugesagt und damit Punkt. Jetzt wird wieder gesagt, das wird geprüft, das in den nächsten Haushalt mit reinzunehmen. Langsam entsteht bei ihm der Eindruck, egal um welches Bauprojekt es gerade geht, dass gesagt wird, dafür können wir Fördermittel beantragen und die Förderquoten sich gut anhören mit 80, 95 oder 90 Prozent, es bleiben immer Eigenanteile für die Stadt, die irgendwoher finanziert werden und das scheinbar niemand hinterfragt. Er sagt, es reicht langsam, egal welches Bauprojekt er sich anschaut, überall explodieren die Kosten. Die Stadt muss seiner Meinung nach auch nicht jedes Förderprogramm mitmachen. Ihm geht es an der Stelle nur um das Projekt Schulhof und nicht um das Projekt Schule.

Herr Kassik sagt, man nehme das in die Diskussion zum Haushalt auf und dann muss der Stadtrat sich dazu bekennen.

Herr Staub kann den Unmut von Herrn Dolla verstehen. Er sagt, er könne das jetzt so hinnehmen, dass wir das jetzt in den Haushalt aufnehmen und in der Klausurtagung entsprechend platzieren. Dennoch macht es dieses Projekt hier nicht schlechter und die Notwendigkeit von solchen Projekten haben Frau Ryll und Herr Kassik ja auch erklärt.

Herr Dümmler zeigt sich ebenfalls überrascht. Das eine betrifft die Schollschule und das andere die Kathrinenschule. Hier soll es ja das grüne Klassenzimmer von der Kathrinenschule werden. Gestern hat sich das Thema für ihn anders angehört. Da gab es überhaupt kein Thema Klima, Klimapünktchen oder Klimastatistiken. Herr Dümmler fragt Frau Ryll, ob sie heute aussagefähig ist zu den Kosten bzw. den Nachfolgekosten. Diese hätte er gern schon mal auf dem Tisch gehabt, es wurde

gestern zugesagt, dass heute die Kosten mitgeteilt werden, darum ist es gestern im Stadtentwicklungsausschuss auch abgelehnt worden.

Damit es nicht falsch verstanden wird, stellt Herr Staub klar, es wurde nicht abgelehnt. Soweit er informiert ist, gab es keine Beschlussfassung.

Herr Dümmler ergänzt, dass man hier erst darüber entscheidet, wenn die Kosten bekannt sind und es nicht immer sein kann, dass wir eine Grünfläche nach der anderen machen und es immer problematisch wird, wenn es um die Kosten bzw. Nachfolgekosten geht und dann heißt, der Eigenbetrieb muss da mal.

Frau Ryll erklärt, dass es gestern darum ging, dass Herr Dümmler die Folgekosten benannt haben wollte und dies wurde auch zugesichert, aber auf keinen Fall bis heute. Bis zum Stadtrat werde man informieren und eine Mail dazu verschicken, in der die Folgekosten benannt sind, so wurde es gesagt.

Dem fügt Herr Lutzmann hinzu, dass darin auch dargestellt sein soll, wie das haushaltstechnisch umgesetzt wird.

Herr Galster gibt Herrn Lutzmann Recht, wenn er sagt, ein Parkplatz wäre günstiger und auch die Pflege wäre günstiger. Er findet auch, dass hier so viel Geld in das Stückchen Fläche gesteckt wird, mit dem andere Projekte angegangen werden könnten. Er fragt, ob man das Projekt nicht auch so umsetzen könnte und statt eines Parkplatzes einfach eine Grünfläche dort schafft, beispielsweise eine Blumenwiese, das wäre auch viel günstiger. Er selbst kann sich dort kein grünes Klassenzimmer vorstellen und bezweifelt, ob das für die Katharinenschule tatsächlich ein Highlight wäre oder ob sich da überhaupt jemand hinsetzen würde und liest. Er befürchtet eher, dass hier die nächste „Dreckecke“ entstehen könnte, wie es so viele Projekte in Eisleben gibt, die dann am Ende nicht gepflegt werden, weil eben die Kosten nicht da sind für die Pflege.

Herr Staub zeigt sich etwas verwundert über das was Herr Galster vorschlägt, weil er ja sonst die Stadt immer auf städtebauliche Missstände aufmerksam macht. Auch diese Fläche war ein städtebaulicher Missstand und jetzt kann dort für die Anlieger ein Kleinod geschaffen werden, weil durch den Ausbau der Nussbreite viel Fläche versiegelt wurde und Grünflächen weichen mussten.

Herr Fischer ist erbost über die bisher geführten Diskussionen und der Umgang, der hier mittlerweile untereinander herrscht, ist für ihn unerträglich. Er weist an der Stelle darauf hin, dass alle, wie sie hier sitzen, Stadträte sind und die für die Stadt angetreten sind, um etwas für die Stadt zu bewegen, zu schaffen und zu gestalten. Er hat den Eindruck, egal was für ein Projekt vorgelegt wird, es den Anschein macht, dass alles nur noch zerredet wird. Hier geht es doch darum, etwas Schönes entstehen zu lassen und zu gestalten. Auf der Fläche, die eine Dreckecke gewesen ist, wurde ein Abriss gemacht und jetzt reden wir hier von einer Blümchenwiese, er fragt sich, wo ist man hier eigentlich hingekommen. Hier geht es doch nicht darum, zu sagen, dass wir hier entweder das machen oder in Zukunft gar nichts mehr, hier hat man doch einen Plan, da machen wir nächstes Jahr den Schulhof. Er versteht nicht, warum man hier so ein Kleinod nicht begleiten will.

Daraufhin entsteht zwischen Herrn Fischer, Herrn Dümmler und Herrn Galster eine scharfe Diskussion, die Herr Staub beendet, als er sagt, wir müssen aber auch aufhören, hier Äpfel mit Birnen zu vergleichen und Herr Kassik hat es vorhin schon erläutert, es gibt eine Förderkulisse, da fällt das rein, da fällt die Neustadt nicht rein und da fällt auch die Schollschule nicht rein. Er sagt, wir nehmen das in den Haushalt auf.

Herr Staub erklärt, wir können auch im Haushalt Sachen aufnehmen, dann machen wir die Fußwege neu, Brunnengasse und wie sie alle heißen, die Kreisfelder Gasse, die wir im letzten Haushalt hatten, haben wir abgelehnt, weil es zu teuer war aus Eigenmitteln. Wir können gern was tun, aber hier geht es doch um eine Fördermaßnahme „Lebendige Zentren“ wo wir nachher noch weitere Beschlussvorlagen haben und vielleicht drehen sie uns irgendwann den Geldhahn ganz ab, weil wir keine Fördermaßnahmen machen, die klimaresilient sind. Man will die Stadt doch entsiegeln und nicht zusätzliche Parkflächen oder was schaffen oder eine Blümchenwiese. Er kann nicht verstehen, warum man so einen kleinen Ort da nicht begleiten will.

Herr Dolla macht an der Stelle nochmals deutlich, dass er nicht gegen das Projekt ist. Er wurde ebenfalls zum Einschulungstag von den Eltern angesprochen und gefragt, warum da immer noch nichts gemacht wurde, wo dann jetzt das zweite oder dritte Kind eingeschult wird. Das sollte auch nur eine Anregung sein, dass man mal im Vorfeld überlegt, ehe man Versprechungen macht und sagt, ehe ich euch jetzt was sage, prüfe ich erst. Das betrifft nicht nur den Verein, das betrifft auch andere Vereine und Ortschaften.

Herr Staub sagt, er ist da völlig d'accord und die Zusage zum Doppelausgleich steht.

Frau Fritzsche findet das Projekt gut und ist überrascht, dass es so ein Ausmaß an Diskussionsstoff bietet. Sie hat noch eine Anregung dazu und fragt, ob man die Bibliothek und das Holzpodest auch anders stellen könnte. So wie es jetzt ist, könnte sich das als Geräuschkulisse entwickeln, wenn sich dann dort die Jugendlichen treffen.

Frau Ryll nimmt die Anregung auf, es könnte aber auch gut sein, dass das Podest vielleicht auch gar nicht realisiert werden kann, weil man die Kosten nicht darstellen kann. Hier ist man noch dabei, das zu Prüfen.

Herr Galster bringt zum Ausdruck, dass seine Fraktion diejenige ist, die immer wieder städtebauliche Missstände anspricht und darauf aufmerksam macht. Er sagt, grundsätzlich spricht man sich ja nicht gegen solche Projekte aus, es geht darum, auch Geld zu sparen und in andere Projekte zu stecken, die bereits vorgeschlagen sind, dass die auch dann mal durchgeführt werden. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass schöne Projekte, die geplant werden, dann in der Pflege etwas vernachlässigt werden, wie die Ohrenweiden, das alte Vikariat oder auch die Bäume an der Kapitalkurve, die sind nicht so gepflegt, wie man sich das vorstellt. Das waren schöne Projekte und das alles verlottert und er befürchtet hier die nächste Ecke, wo dann wieder Videos gedreht werden, wie schlecht das eigentlich in Eisleben ist und das wolle man nicht. Ihr Ansinnen ist eine schöne Stadt, wo die Menschen Freude daran haben und Lebensqualität.

Dem stimmt Herr Staub zu, wenn es so ist. Es ist auch der Anspruch der Stadtverwaltung und er gibt ihm Recht, dass das natürlich auch mit Pflege verbunden

ist und das ein Thema ist, was man in der Betriebsausschusssitzung mit Herrn Koschei noch mal besprechen kann.

Weitere Fragen und Anregungen gibt es nicht. Herr Staub bittet um Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:
Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt die Umsetzung des Vorhabens „Freiflächengestaltung Nußbreite 8“ in der Lutherstadt Eisleben.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**4**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**4**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 4 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

zu 2.14 Bereitstellung von Eigenanteilen für das Programmjahr 2027 - "Lebendige Zentren"
Vorlage: BV/757/2026

Im Finanz- und Stadtentwicklungsausschuss vorberaten und zur Annahme empfohlen.

Frau Ryll erläutert die Beschlussvorlage, mit welcher der nächste Programmantrag für das Programmjahr 2027 vorliegt. Sie sagt, dass der Antrag bis 30.11. beim Landesverwaltungsamt eingereicht werden muss und bittet um Zustimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:
Der Stadtrat beschließt, für den (Fortsetzungs-) Antrag des Förderprogramms „Lebendige Zentren“ Programmjahr 2027 (Haushaltsjahre 2027 bis 2033) einen Eigenanteil in Höhe von 617.500,00 EUR bereitzustellen.
Durch den Einsatz der oben genannten Eigenmittel (innerhalb Erhaltungsgebiete: 20 % bzw. außerhalb: 33,3% der Gesamtkosten, Sicherungsmittel 10%) werden Fördermittel in Höhe von 2.375.000,00 EUR beantragt.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**7**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**1**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 2.15 Beschluss zur Verteilung der verbleibenden Investitionsmittel aus dem Sondervermögen "Infrastruktur" für den Ersatzneubau der Schwimmhalle der Lutherstadt Eisleben
Vorlage: BV/753/2026

Im Finanzausschuss und Stadtentwicklungsausschuss vorberaten und zur Annahme empfohlen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt, die nach Abzug der bereits beschlossenen Investitionsmittel für die Ortschaften und Ortsteile sowie der Eigenmittel für die Pumptrack-Anlage, verbleibenden Investitionsmittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“ in Höhe von **8.791.748 Euro** für den Ersatzneubau der Schwimmhalle der Lutherstadt Eisleben entsprechend dem Badentwicklungskonzept einzusetzen.

Grundlage ist die als Anlage beigefügte **II. Handlungsempfehlung zur Verwendung der verbleibenden Investitionsmittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“**.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**6**
Nein-Stimmen	**1**
Enthaltungen	**1**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 2.16 Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 BauGB für das Programm "Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne" Gesamtmaßnahme „Altstadt“, Vorlage: BV/759/2026

Frau Ryll erklärt dazu, dass der Fördermittelgeber in regelmäßigen Abständen dazu auffordert, die Gesamtkosten-Finanzierungsübersicht zu überarbeiten, und man in regelmäßigen Abständen nachkommt. Diesmal, so Frau Ryll, müssen wir den Zeithorizont nicht bis 2040 auslegen, sondern nur bis 2035. Es sind alle Maßnahmen enthalten, die über das Programm umgesetzt wurden oder noch umzusetzen sind. Dies ist keine abschließende Liste, die kann sich immer wieder ändern. Für den Fördermittelgeber ist das sozusagen eine Formsache, damit er sieht, welche Maßnahmen hier noch umgesetzt werden sollen.

Herr Staub bedankt sich bei Frau Ryll für die Darstellung und denkt, dass es auch für Stadträte eine gute Zusammenfassung ist und man damit gute Argumente hat, die man dem Bürger erklären kann.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:
Der Stadtrat beschließt die Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht gemäß § 149 BauGB für das Förderprogramm „Lebendige Zentren - Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne“ vom 15.07.2026, als langfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument der Gesamtmaßnahme „Altstadt“. Die Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht vom 15.07.2026 ist als Anlage beigefügt.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.17 Annahme einer Spende vom Martin-Luther-Gymnasium
Vorlage: BV/755/2026

Herr Staub erläutert die Beschlussvorlage. Es geht um die Annahme einer Spende vom Martin-Luther-Gymnasium, für den Bereich Jugend- und Streetwork. Die Beschlussvorlage wurde im Finanzausschuss vorberaten und zur Annahme empfohlen. Es gibt keine Nachfragen, die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat stimmt der Annahme einer Geldspende an die Lutherstadt Eisleben vom Martin-Luther-Gymnasium Eisleben in Höhe von 2.000,00 € (in Worten: Zweitausend EURO) gemäß § 99 Absatz 6 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) zu.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.18 Annahme einer Sachspende der Stadtwerke Lutherstadt Eisleben GmbH, Vorlage: BV/732/2026

Herr Staub verliest den Beschlusstext. Es geht um die Annahme einer Sachspende der Stadtwerke Lutherstadt-Eisleben GmbH, vorberaten im Finanzausschuss und zur Annahme empfohlen

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Sachspende an die Lutherstadt Eisleben von der Stadtwerke Lutherstadt Eisleben GmbH in Höhe von 1.785,00 € (in Worten eintausend-siebenhundertfünfundachtzig EURO) gemäß § 99 Absatz 6 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) zu.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.19 Annahme einer Zuwendung von der Sparkasse Mansfeld-Südharz Vorlage: BV/740/2026

Herr Staub erläutert, es geht um eine Annahme der Spende von 7.000 Euro zur Förderung der Ortsverschönerung, Zuwendung für Sitzraufen und Sitzbänke. Es gibt keine Fragen dazu.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat stimmt der Annahme einer Zuwendung von der Sparkasse Mansfeld-Südharz an die Lutherstadt Eisleben in Höhe von 7.000,00 € (in Worten: Siebentausend EUR) gemäß § 99 Absatz 6 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) zu.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.20 Festlegung Wahltermin Bürgermeisterwahl
Vorlage: BV/768/2026

Zur Beschlussvorlage werden keine Fragen gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

Beschlussentwurf:
Der Stadtrat der Lutherstadt Eisleben beschließt, die Wahl des Hauptverwaltungsbeamten der Lutherstadt Eisleben am 7. März 2027 und eine eventuell erforderliche Stichwahl am 21. März 2027 jeweils in der Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr durchzuführen. Bewerbungen für das Amt des Bürgermeisters sind damit bis zum 29. Dezember 2026, 18 Uhr schriftlich beim Wahlleiter einzureichen. Die Stellenausschreibung wird die nach den Wahlvorschriften erforderlichen Inhalte enthalten und entsprechend der Hauptsatzung auf der Internetseite der Lutherstadt Eisleben veröffentlicht werden.

SOLL Stimmberechtigte	**8**
IST Stimmberechtigte	**8**
Befangen	**0**
Ja-Stimmen	**8**
Nein-Stimmen	**0**
Enthaltungen	**0**

empfohlen zur Beschlussfassung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 2.11 Anfragen

Herr Gerlach fragt, wer über die Einladungen entscheidet, die zur Wieseneröffnung rausgehen.

Herr Staub sagt, dass die Einladungsliste in seinem Büro liegt und bei Frau Zippo angesiedelt ist und innerhalb der Verwaltung besprochen wird, wer dort einzuladen ist. Auch die Tochtergesellschaften bekommen vorab die Liste, weil es ja auch da teilweise Partner gibt, die eingeladen werden müssen. Die Versendung findet so schon immer statt.

Herr Gerlach, spricht an der Stelle für den MSV und sagt, das der mal wieder keine Einladung bekommen hat. Herrn Gerlach ist bekannt, dass andere Vereine und auch kleine Vereine mit 10 Mitgliedern eine Einladung erhalten haben.

Herr Staub versichert, dass der MSV selbstverständlich eine Einladung bekommt, also, er soll eine kriegen und wurde auch immer angeschrieben, allerdings ob sie angekommen ist, das ist eine andere Frage.

Herr Gerlach stimmt zu, auf Nachfrage hat man dann immer noch eine bekommen, es ist jetzt nicht schlimm, er hat dafür zwei bekommen und könnte dem MSV davon eine geben.

Herr Staub entschuldigt sich und sagt, man wird das prüfen und natürlich ist der MSV auch herzlich eingeladen und nicht nur als Teilnehmer am Umzug, sondern auch für die Veranstaltung. Der MSV ist hier in aller Öffentlichkeit herzlich eingeladen und man wird die Einladungen nachschicken.

Herr Jung kommt auf das Thema Umleitung und Baumaßnahmen in und um die Ortschaft Burgsdorf zu sprechen und schildert ausführlich die damit verbundenen Probleme und auch den Unmut der Bürger darüber, dass im Vorfeld nichts dazu bekannt gewesen ist. Erst im Nachgang, als er darauf gedrungen hat, dass der Landkreis vor Ort kommen soll, hat er dort erfahren, dass es eine Bauanlaufberatung am 30.06. gegeben hat und da hat er es so verstanden, dass sowohl er, als auch der Ortschaftsrat dazu eingeladen waren, er aber davon nichts wusste. Für die Zukunft erwartet er einen besseren Umgang mit den Ortschaften, so wie es gelaufen ist, ist das für ihn keine Arbeitsweise.

Herr Kassik gibt zu, dass die Kommunikation insgesamt schwierig gewesen ist und es auch richtig ist, dass am 30.06. eine Information oder eine Bauanlaufberatung stattgefunden hat und die betreffenden Ortsbürgermeister eingeladen waren und im Ergebnis, sagt Herr Kassik, haben wir am 01.07. eine Mail zugesandt.

Herr Jung verwehrt sich energisch gegen die Aussage, er hätte am 01.07.eine Mail bekommen. Er hat die nicht bekommen und davon könne man sich überzeugen, hätte er nicht am 13. Juli die Anfrage im Stadtrat gestellt. Herr Jung ist empört darüber, dass so etwas behauptet wird und er hier so hingestellt wird. Er verlangt, dass ihm diese Mail vom 01.07.2026 zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Herr Staub sagt, er wird an der kommenden Ortschaftsratssitzung teilnehmen, sich die Chronologie von Herrn Kassik zuarbeiten lassen und den Sachverhalt den Ortschaftsräten sachlich erklären. Herr Staub sagt auch, es stimmt, die Kommunikation ist unglücklich gelaufen, auch mit dem LSBB und wie es Herr Kassik gesagt hat, es wurde am Freitag mitgeteilt, dass es Montag losgeht.

Herr Jung spricht als nächstes Thema die Förderprogrammanträge an, die hier aufgerufen werden und hat den Eindruck, dass hier Millionen Sachen verabschiedet werden und er fragt sich, woher das Geld für die Eigenanteile kommt, die die Stad ja immer noch aufbringen muss. Er weiß jetzt nur von drei Förderprogrammen, das betrifft das Schwimmbad, die Königspfalz und die Kirche, wo wir Fördermittel kriegen. Bei der Königspfalz, die mal mit 7 Millionen angegeben war, waren es am Ende in der letzten Sitzung schon 13 Millionen. Es fehlten aber noch 3 Posten, die noch eingearbeitet werden mussten. Herr Jung sagt, wir können doch nicht überall Kredit aufnehmen, wo kommt denn das Geld her. Er fragt sich, ob Eisleben alleine in Sachsen-Anhalt ist und Sachsen-Anhalt der Stadt Eisleben alle Förderprogramme zukommen lässt, die Frage wird ihm vom Ortschaftsrat gestellt.

Herr Staub antwortet, wir sind nicht alleine im Strukturwandel, es kriegen viele Kommunen viel Geld. Das Geld ist im Haushalt entsprechend veranschlagt, genauso wie die Mittel für die Teichsanierung, den Dorfgemeinschaftsplatz und auch für das Löschkissen der MIDEWA in Burgsdorf, wo wir Fördermittel beantragt haben.

Herr Jung erwidert, das war nicht die Frage. Seine Frage bezieht sich auf die 3 großen laufenden Projekte, die er schon benannt hat. Wie werden die Millionen, die da „aufgestockt“ werden, finanziert? Das ist seiner Meinung nach nicht im Haushalt, er möchte wissen, ob da Kredit aufgenommen wird.

Herr Dominka antwortet, wir haben keine Kreditaufnahmen und auch keine Million Zuzahlung. Eventuell ist die Summe des Bauvorhabens eine Millionensumme, davon haben wir in der Regel hohe Förderquoten und nur das Delta ist der Eigenanteil. Glücklicherweise, so Herr Dominka, haben wir für diese Maßnahmen keine Investitionskredite und was das Schwimmbad betrifft, das ist ja noch gar nicht, das ist im Gespräch, also das ist noch nicht im Haushaltsplan drin und wird erst abgebildet.

Herr Dominka führt weiter aus, wenn wir das so ein bisschen zusammendampfen und nur auf die Eigenanteile schon gucken und die Maßnahmen, wie zum Beispiel den Schwimmbad-Ersatzneubau jetzt schon mal geistig rausrechnen, dann kommen wir auf ganz andere Summen und diese sind alle im Haushalt drin. Er erklärt, wir haben eine Investitionspauschale von 1 Million Euro, die wir als Eigenanteilsfinanzierung einsetzen können, und haben darüber hinaus einen positiven Saldo aus der laufender Verwaltungstätigkeit, also aus dem Kerngeschäft im aktuellen Haushaltsplan, der auch zur Anteilsdeckung dient. Also insgesamt, sagt Herr Dominka, sind es große Maßnahmen mit Millionensummen, die Eigenanteile sind dann kleiner und alle im aktuellen Haushalt gegenfinanziert.

Herr Gericke kommt auf die Anfrage von Herrn Gerlach zur Benutzung des Gehwegs durch die Rad- und Rollerfahrer zurück und regt an, ob geprüft werden kann, dort bauliche Maßnahmen aufzustellen, wie zum Beispiel den Bau von Schikanen oder Gitter, um das Problem zu entschärfen.

Herr Gericke fragt, ob an dem Hochbehälter in Wolferode, der seitens der Fernwasser betreut wird, Baumaßnahmen vorgesehen sind und ob dazu etwas bekannt ist.

Herr Staub sagt, seitens der Stadtwerke ist ihm nichts bekannt, was er aber weiß ist, dass die FEO dort diese Südwestleitung erneuern.

Herr Gericke bezieht sich auf eine Information aus dem letzten Stadtrat, wo informiert wurde, dass eine Beratung beim LSBB bezüglich Regelung Winterdienste stattfindet.

Herr Gericke fragt, ob dort etwas geäußert wurde zu dem beabsichtigten Bau eines Straßengrabens entlang der L225 Richtung Wimmelburg.

Herr Kassik fragt Herrn Gericke, ob er den Wolferöder Graben meint.

Herr Gericke spricht von dem, der dem Wolferöder Graben gegenüberliegt und den es seiner Ansicht nach schon bald nicht mehr geben wird, weil dort der Unterhaltungsverband schon gar nicht mehr mäht.

Herr Kassik sagt, darüber wurde nicht gesprochen. Es soll Mitte September wieder einen Termin geben und er wird es dort ansprechen.

zu 4 Ende der Sitzung

zu 4.1 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

gez. Carsten Staub
Vorsitzender

gez. Ilka Hannig
Protokollführung